



Deutschlands Ausverkauf geht ungebremst weiter!

Deutschland auf dem EU-Gipfel ausgebeutet

Kohleausstieg beschlossen

Plastiksteuer wird eingeführt

und vieles mehr ...



KOMMENTAR UND AKTUELLES



Liebe Mitstreiter,

am 1. Juli 2020 hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angekündigt, dass die Bekämpfung der Corona-Krise und des Klimawandels die wichtigsten Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft seien werden. Vor dem Hintergrund der Lahmlegung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch den überstürzten Shutdown und den religiösen Eifer beim teuren und unsicheren Ausbau der Erneuerbaren Energien lässt dies das Schlimmste befürchten. Dafür wird Merkel nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Europäischen Union deutsches Steuergeld verwenden und Schulden aufnehmen.

Einen Vorgeschmack gab der Gipfel des Europäischen Rates: Wieder einmal wurde Steuergeld aus Nordeuropa mit der Gießkanne der Wohltätigkeit über Südeuropa vergossen. Rechnet man das Budget für den siebenjährigen Haushalt der Europäischen Union in Höhe von 1.074 Mrd. Euro und das 750-Milliarden-Paket zur Bekämpfung der Corona-Krise zusammen, kommt man auf eine stolze Summe von 1,8 Bio. Euro. Den Löwenanteil trägt natürlich Deutschland.

Die AfD ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die sich für deutsche Interessen einsetzt. Die ohnehin schon astronomischen Haftungsrisiken durch Target-2-Salden, ESM, EFSF und EZB-Anleihenkaufprogramme dürfen sich nicht weiter auftürmen. Dafür kämpft die AfD unermüdlich.

Euer
Andreas Bleck

Deutschland auf dem EU-Gipfel ausgebeutet

Vom 17. bis zum 21. Juli 2020 fand der Gipfel des Europäischen Rats zur Bekämpfung der Corona-Krise statt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigten sich nach zähen Verhandlungen auf ein 750-Milliarden-Paket. Davon sind 390 Mrd. Euro nicht zurückzuzahlende Zuschüsse und 360 Mrd. Euro zurückzuzahlende Kredite.

Kredite werden nicht zurückgezahlt

Den Niederlanden, Österreich, Schweden und Dänemark ist es zu verdanken, dass die Rechnung für Nordeuropa nicht noch höher ausfiel. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emanuel Macron setzten sich nämlich für Zuschüsse in Höhe von 500 Mrd. Euro und Kredite in Höhe von 250 Mrd. Euro ein. Doch der Einsatz der „Sparsamen Vier“ ist nur vordergründig ein Erfolg. Dass Italien, Spanien und Griechenland die Kredite zurückzahlen werden, glaubt nicht einmal der größte Optimist.

Corona-Krise nur Katalysator

Darüber hinaus befanden sich diese Länder bereits vorher in wirtschaftlicher Not. Die Corona-Krise ist ein Katalysator, der die bestehenden Probleme noch verschärft. Südeuropa hat mit dem Euro nach wie vor eine Währung, die der eigenen Leistungsfähigkeit nicht entspricht. Die südeuropäischen Waren und Dienstleistungen sind wegen der hohen Lohnstückkosten im gemeinsamen Währungsraum nicht konkurrenzfähig. Die Liquiditätskrise dieser Länder ist also das Resultat einer Wettbewerbskrise.

Deutschland als Geldquelle

Merkel glaubt, dass sie unser gesunkenes Ansehen durch teure Geschenke aufpolieren kann. Doch als Geldquelle sind wir nur beliebt, solange wir nicht versiegen. Eine Freundschaft auf dieser Grundlage ist jedoch brüchig und nicht erstrebenswert. Die AfD orientiert sich deshalb an einem alten Sprichwort: „Bei Geld hört die Freundschaft auf!“





Kohleausstieg beschlossen

Am 3. Juli 2020 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen aller übrigen Fraktionen den Kohleausstieg bis zum Jahr 2038. Der Antrag der AfD-Bundestagfraktion (BT-Drs. 19/16853) wurde abgelehnt. Dies ist in wirtschafts- und energiepolitischer Hinsicht katastrophal.

Strukturwandel wie im Ruhrgebiet

Im Jahr 2019 förderten 20.336 Beschäftigte 134 Mio. Tonnen Braunkohle. Diese wird vor allem zur Energieerzeugung in Braunkohlkraftwerken genutzt. Doch damit ist spätestens im Jahr 2039 Schluss. Mit dem Kohleausstieg steht den Braunkohlerevieren in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen ein Strukturwandel bevor. Wie dieser aussehen wird, lässt sich am Ruhrgebiet erkennen. Nach dem Ende der Steinkohleförderung wurden einst reiche Städte wie Dortmund, Essen, Bochum und Gelsenkirchen bettelarm. Heute ist die Schuldenlast erdrückend, die Arbeitslosigkeit hoch. Eine Trendwende ist auch Jahrzehnte später nicht zu erkennen. Dabei war der Strukturwandel in den Steinkohlerevieren im Unterschied zu den Braunkohlerevieren unumgänglich. Die unter Tage geförderte deutsche Steinkohle war gegen die über Tage geförderte ausländische Steinkohle nicht konkurrenzfähig. Die Braunkohleförderung ist hingegen konkurrenzfähig. Als Rohstoff für Braunkohlkraftwerke liefert sie günstigen und sicheren Strom – und könnte dies bei den derzeitigen Braunkohlereserven noch einige Jahrzehnte fortführen.

Sozial verträglicher Kohleausstieg?

Statt die Braunkohleförderung fortzuführen, ver-

spricht die Bundesregierung einen sozial verträglichen Kohleausstieg. Sie möchte den Arbeitsplatzverlust unter anderem durch die Ansiedlung von Bundesbehörden in den Braunkohlerevieren kompensieren. Produktive Arbeitsplätze in der Wirtschaft werden abgeschafft, unproduktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erschafft. Ob die Menschen in den Braunkohlerevieren davon überhaupt profitieren, ist fraglich. Einen Beschäftigten in der Braunkohleförderung kann man nicht ohne Weiteres zu einem Beschäftigten im Verwaltungswesen machen.

Versorgungssicherheit mit Kohlekraft

Nichts ist für die Ewigkeit. Das gilt selbstverständlich auch für die Braunkohleförderung. Grundsätzlich befürwortet die AfD eine ressourcenschonende und umweltfreundliche Energieerzeugung. Doch die Kohlekraft erfüllt eine wichtige energiepolitische Aufgabe: die Sicherung der Grundlast. Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, gibt es aus Wind- und Sonnenkraft keinen Strom. Speicher, um den Strom aus Erneuerbaren Energien bei einer Dunkelflaute zu nutzen, stehen jedoch nicht in ausreichender Kapazität zur Verfügung. Als Industrieland können wir uns jedoch keinen teuren und unsicheren Strom leisten. Die Folgen sind bereits jetzt zu erkennen: Unternehmen wandern zunehmend aus, Noteingriffe in das Netz nehmen zu.

Kohleausstieg schützt das Klima nicht

Während wir den gleichzeitigen Ausstieg aus der Kern- und Kohlekraft beschlossen haben, befinden sich in anderen Industrieländern über tausend Kernkraft- und Kohlekraftwerke in Planung und Bau. Unser nationaler Alleingang in der Energiepolitik wird das Klima also nicht schützen. Er ist eine energiepolitische Geisterfahrt. Stattdessen brauchen wir eine günstige, sichere und zuverlässige Energieversorgung.

Plastiksteuer wird eingeführt

Auf dem Gipfel des Europäischen Rats haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auch auf eine Einführung einer Plastiksteuer in der Europäischen Union (EU) geeinigt. Diese müsste zuvor sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente verabschiedet werden.

Einwegprodukte aus Kunststoff bereits verboten

Die EU hat bereits bestimmte Einwegprodukte aus Kunststoff ab dem 3. Juli 2021 verboten. Dies betrifft unter anderem Besteck, Geschirr, Trinkhalme und Wattestäbchen. Doch das reicht ihr nicht. Beim Kunststoff möchte sie eine dreigleisige Strategie fahren: verknappen, verbieten, verteuern. Deshalb soll ab 2021 zusätzlich eine Plastiksteuer eingeführt werden. Da die EU eigentlich keine Steuern einführen darf, soll dies über einen Umweg geschehen: Für jedes Kilogramm nicht recyceltem Kunststoffverpackungsmüll sollen die Mitgliedsstaaten eine Steuer von 80 Cent einführen. Davon sollen 60 Cent an die EU gezahlt werden und 20 Cent bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Doch das wird zu einer Umwälzung führen. Die Hersteller von Kunststoffverpackungen werden die Kosten nicht selbst tragen, sondern an die Verbraucher weiterreichen. Damit würde – ähnlich wie beim Grünen Punkt – der Verbraucher die Entsorgung von Verpackungsmüll über die Preise bezahlen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die Einnahmen der EU aus einer Plastiksteuer nach derzeitigen Planungen nicht zweckgebunden sein sollen. Vielmehr möchte die EU damit den Austritt des Vereinigten Königreichs kompensieren und die Bekämpfung der Corona-Krise finanzieren. Dabei rechnet die Europäische Kommission im siebenjährigen Haushalt mit Einnahmen in Höhe von 14 Mrd. Euro.

Plastiksteuer wird teuer

In der Bundesrepublik Deutschland wird Kunst-

stoffverpackungsmüll etwa jeweils zur Hälfte stofflich bzw. energetisch verwertet. Da die energetische Verwertung von Kunststoffverpackungsmüll in Bezug auf die Plastiksteuer mit großer Wahrscheinlichkeit nicht unter Recycling fällt, bedeutet das, dass in Deutschland für die Hälfte des Kunststoffverpackungsmülls Steuern gezahlt werden muss. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland schätzt die Kosten auf jährlich 1,4 bis 2 Mrd. Euro.

Staatswerdung der EU durch Steuern

Die „Drei-Elementen-Lehre“ der Staatsrechtslehre besagt, dass ein Staat aus drei Elementen besteht: einem Staatsgebiet, einem Staatsvolk und einer Staatsgewalt. Rechtlich betrachtet ist die EU kein Staat. Sie hat weder ein Staatsgebiet noch ein Staatsvolk. Stattdessen setzt sich die EU aus den Staatsgebieten und Staatsvölkern ihrer Mitgliedsstaaten zusammen. Daher versucht die EU ihre Staatswerdung über die Staatsgewalt einzuleiten. Die Erhebung von Steuern ist das wichtigste Recht eines Staates gegenüber seinen Bürgern. Die Einführung einer Plastiksteuer – wenn auch über einen Umweg – ist die nächste abgeschnittene Scheibe der Salami zur Staatswerdung der EU. Zudem möchte sich die EU durch Eigenmittel unabhängiger von ihren Mitgliedsstaaten machen. Bis jetzt ist sie bei der Finanzierung ihres Haushalts fast vollständig von diesen abhängig.

Europa der Vaterländer

Die AfD lehnt die Pläne der EU entschieden ab. Wir stehen nicht für einen Bundesstaat Europäische Union, sondern – im Sinne des französischen Präsidenten Charles de Gaulle – für ein Europa der Vaterländer. Der Staatswerdung der EU widersetzen wir uns.

Schulung in Offenbach

Etwa 20 Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften schulte Andreas Bleck über das Vereins- und Parteienrecht am 4. Juli 2020 in Offenbach an der Queich. Dabei wurde unter anderem mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und dem Parteiengesetz (ParteiG) gearbeitet.

Parteien sind Vereine

Nach § 2 Abs. 1 ParteiG sind Parteien Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen. Sie haben entweder die Rechtsform eines rechtsfähigen Vereins oder nichtrechtsfähigen Vereins. Dies ist in ihren Satzungen ersichtlich.

Parteienrecht vor Vereinsrecht

Die rechtlichen Vorschriften des Vereinsrechts werden durch das Parteienrecht ergänzt bzw. verdrängt. Art. 21 Abs. 1 GG und das ParteiG sind als „lex specialis“ anzuwenden. Zwar besitzen nichtrechtsfähige Vereine nach dem BGB keine Aktiv- und Passivlegitimation, aber diese wurden ihnen in der Rechtsprechung mittlerweile zugestanden. Für Parteien gilt ohnehin § 3 ParteiG. Dadurch können sie unter ihrem Namen klagen und verklagt werden. Darüber hinaus wird gemäß § 37 ParteiG die persönliche Haftung des oder der Handelnden nach § 54 Satz 2 BGB in Parteien nicht angewandt. Vor diesem Hintergrund gibt es keine großen Nachteile, als Partei die Rechtsform des nichtrechtsfähigen Vereins zu wählen – im Gegenteil. Wie die AfD sind auch

die Mehrheit der etablierten Parteien keine eingetragenen Vereine, um den mit der Eintragung des eingetragenen Vereins in das Vereinsregister verbundenen Aufwand zu entgehen.

Causa „Andreas Kalbitz“

Auch die Causa „Andreas Kalbitz“ wurde in der Schulung vereins- und parteirechtlich betrachtet. In einem Verein werden Ausschlüsse von der Mitgliederversammlung oder dem Vorstand beschlossen, in einer Partei vom zuständigen Schiedsgericht. Inwieweit § 123 Abs. 1 BGB, die Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung, angewandt werden kann, um die Mitgliedschaft in einer Partei durch den Vorstand wegen Nichtigkeit aufzulösen, ist umstritten. Die Mehrheit der Parteienrechtler vertritt zwar die Auffassung, dass die Mitgliedschaft in einer Partei wegen arglistiger Täuschung aufgelöst werden kann, dies aber nicht durch den Vorstand, sondern ein zuständiges Schiedsgericht erfolgen muss.

Rechtsstellung von Fraktionen

Zum Schluss wurde die Rechtsstellung von Fraktionen thematisiert. Während die Rechtsstellung von Fraktionen im Deutschen Bundestag oder im Landtag Rheinland-Pfalz durch das Abgeordnetengesetz bzw. Fraktionsgesetz erfolgt, fehlen in der Landkreisordnung und Gemeindeordnung nähere Regelungen zur Rechtsstellung kommunaler Fraktionen. In der Rechtsprechung sind kommunale Fraktionen den nichtrechtsfähigen Vereinen oft gleichgestellt. Sie besitzen in der Regel die Aktiv- und Passivlegitimation.

Infostand in Nastätten



Am 18. Juli 2020 besuchte Andreas Bleck den Infostand des AfD-Kreisverbands Rhein-Lahn auf dem Marktplatz in Nastätten. Sowohl für die AfD Rhein-Lahn als auch für Bleck war dies die erste öffentliche Veranstaltung nach der Corona-Krise.

Corona-Krise war wichtigstes Thema

Der Marktplatz war bereits am Morgen gut besucht. Auch der eher ungünstige Standort des Infostands, der in der Genehmigung durch die Verbandsgemeindeverwaltung Nastätten vorgegeben wurde, konnte die Bürger nicht vom Besuch des Infostands abhalten. So konnten große Mengen an Flugblättern, Feuerzeugen, Kugelschreibern und Einkaufswagen-Chips der AfD verteilt werden. Zudem wurde die Ausgabe 6/2020 von Blecks Bericht verteilt. In den Gesprächen mit der AfD äußerten die Bürger Unverständnis über die Maßnahmen der Bundesregierung und Landesregierung zur Bekämpfung der Corona-Krise. Insbesondere der überstürzte Shutdown, der nicht nur zu einer Lahmlegung des gesellschaftlichen Lebens, sondern auch des wirtschaftlichen Lebens führte, wurde kritisiert.

Drei Mitgliedsanträge erhalten

Zwei Männer und eine Frau beantragten am Infostand die Mitgliedschaft in der AfD. Zwei Personen kommen aus dem Rhein-Lahn-Kreis, eine Person kommt aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis. Sie begründeten ihre Mitgliedsanträge mit der Alternativlosigkeit der etablierten Parteien in der Corona-Krise und der Flüchtlingskrise.

„Die Bürger sehnen sich nach Normalität. Es ist mir wichtig, auch in der Corona-Krise den direkten Kontakt zu den Bürgern herzustellen.“

Andreas Bleck (AfD)

Platzverweise gegen Störer

Gegen Mittag störten zwei junge Männer den Infostand durch verschiedene Provokationen. Die herbeigerufene Polizei erteilte Platzverweise gegen die Störer und sicherte den Infostand bis zum Abbau nach Ende der Veranstaltung. Anschließend ließ die AfD den erfolgreichen Infostand in einem nahegelegenen Café gemütlich ausklingen.

Werbekosten für Endlagersuche

Bis zum 30. Juni 2020 entstanden für die Werbekampagne zur Endlagersuche des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung Kosten in Höhe von etwa 270.000 Euro. Die Gesamtkosten werden sich auf etwa 1,2 Millionen Euro belaufen. Das ergab eine schriftlichen Anfragen von Bleck an die Bundesregierung (BT-Drs. 19/20953).

Kölner Bürgermeisterin begripscht

Die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD) wurde Opfer eines Sexualdelikts. Sie beschrieb den Täter, der ihr an die Brüste grapschte, als etwa 30-jährigen Mann mit Migrationshintergrund. Der Vorfall wurde im Internet mit viel Hämie begleitet. Die Kölner Stadtverwaltung stand nämlich unter anderem in der Kritik, weil Oberbürgermeisterin Henriette Reker Frauen nach den Sexualdelikten in der Kölner Silver „eine Armlänge Abstand“ empfahl.

Steuerzahlergedenktag

Am 9. Juli 2020 war der Steuerzahlergedenktag. Bis zu diesem Tag hat ein durchschnittlicher Steuerzahler in diesem Jahr aufgrund von Steuern und Abgaben nur für den Staat gearbeitet. Der Steuerzahlergedenktag wird jährlich vom Bund der Steuerzahler ausgerufen, um die Höhe der Steuer- und Abgabenlast bewusst machen.

Duda bleibt polnischer Präsident

Bei der Stichwahl am 12. Juli 2020 wurde der polnische Präsident gewählt. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen konnten sich Amtsinhaber Andrzej Duda gegen Rafal Trzaskowski mit 51 Prozent der Stimmen durchsetzen. Duda hat sich im Wahlkampf insbesondere für die klassische Familie und das christliche Erbe eingesetzt.

Paritätsgesetz ist rechtswidrig

Der thüringische Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass das Paritätsgesetz der damaligen rot-rot-grünen Landesregierung rechtswidrig ist. Damit gab es der Klage der AfD statt. Mit dem Paritätsgesetz sollten die Parteien verpflichtet werden, bei der Aufstellung von Listen Männer und Frauen quantitativ gleichzustellen. Die Richter entschieden jedoch, dass dies ein zulässiger Eingriff in die Wahlfreiheit sei und erklärten das Paritätsgesetz für nichtig.

Hagia Sophia wird Moschee

Die Hagia Sophia, die seit 1934 ein Museum war, wird auf Betreiben des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wieder als Moschee genutzt. Damit entfernt sich die Türkei weiter von den Werten ihres Gründers Mustafa Kemal Atatürk, der unter anderem den Laizismus einführte.

Bruttoinlandsprodukt bricht ein

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist Deutschlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal 2020 gegenüber dem 1. Quartal 2020 – preis-, saison- und kalenderbedingt bereinigt – um 10,1 Prozent gesunken. Dies ist der größte Einbruch seit Beginn der vierteljährlichen BIP-Berechnungen. Nach Auffassung der AfD ist dies vor allem auf den überstürzten Shutdown in der Corona-Krise zurückzuführen.

Mit Bleck auf Heimatkunde

Andreas Bleck lädt Interessenten recht herzlich ein, das Willy-Brandt-Forum in Unkel zu besuchen. Die Führung beginnt am 29. August 2020 um 13:00 Uhr. Der Treffpunkt, an dem auch die Führung beginnt, ist um 12:45 Uhr vor am Willy-Brandt-Platz 5 in 53572 Unkel. Die Teilnahme ist nur bei vorheriger Anmeldung möglich. Die Anmeldung zur Veranstaltung ist mit einem Klick auf die Sprechblase möglich.



KLICK!

BLAMAGE DES MONATS



**„Ich bin eine
Quotenfrau,
ohne die (Quote)
wäre ich in die
Position nicht
hineingekom-
men.“**

*Annegret Kramp-Karrenbauer
Vorsitzende der CDU
Verteidigungsministerin*

Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG

Andreas Bleck, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 22779203
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: andreas.bleck@bundestag.de

**„Frau mit Köpfchen
schafft's allein, An-
negret kam über die
Quote rein!“**

Andreas Bleck (AfD)